Die 1903 gegründete Königliche Akademie nahm im Deutschen Reich eine Sonderstellung ein, denn ihr Status als Lehr- und Bildungsstätte blieb zeit ihres Bestehens ungeklärt. Sie vereinte in sich Funktionen der späteren (unter dieser Bezeichnung erst in der Weimarer Republik geschaffenen) Volkshochschulen, beruflicher Weiterbildungseinrichtungen und einer Hochschule. Der Akademiegründung war eine langwierige Debatte über die von den Polen geforderte Posener polnische Universität vorausgegangen, die stets an der Befürchtung der preußischen Regierung gescheitert war, dass eine solche Einrichtung der polnischen Nationalbewegung weiteren Auftrieb geben würde. Die Universitätsidee, über die im preußischen Abgeordnetenhaus 1873 letztmals verhandelt worden war, wurde in den 1890er Jahren erneut aufgebracht, allerdings sollte es sich nunmehr ausdrücklich um eine deutsche Universität handeln. Doch auch dieses Konzept wurde wegen der Befürchtung nicht umgesetzt, die Polen könnten ähnlich der Entwicklung im österreichischen Lemberg die Universität für ihre Zwecke vereinnahmen und auf Dauer polonisieren.

An Sch.s (in Passagen vielleicht ein wenig zu detailfreudiger) Fallstudie zur Königlichen Akademie ist klar abzulesen, wie die nationalitätenpolitischen Dogmen der Provinz- und Staatsregierung einer regionalen Strukturförderung immer wieder viel zu enge Grenzen setzten und so letztlich einen Erfolg der Hebungspolitik verhinderten. Einige Mitglieder der Akademieleitung und des Lehrpersonals hofften auch weiterhin auf den Ausbau der Einrichtung zur Volluniversität, vertraten damit jedoch eine Minderheitenposition. Nach hoffnungsvollen Anfängen litt die Akademie unter ständigem Schwund ihrer Hörerzahlen, der sich nach dem Kriegsausbruch 1914 noch verstärkte. Während der Zuspriech der Bevölkerung zur Rechtfertigung des hohen Personal- und Kostenaufwands immer wichtiger wurde, erwies es sich, dass eine Mittelstadt wie Posen und ihr Umland einfach nicht die Hörerzahlen aufbringen konnten, solange die polnische Bevölkerung nicht einbezogen wurde, was politisch wiederum unerwünscht war. Andererseits wurden die deutschen Kulturinstitutionen von den polnischen Medien weitgehend ignoriert und alle ihre Angebote von der polnischen Nationalbewegung gezielt boykottiert, weil diese unter dem Generalverdacht standen, deutschnationale Inhalte zu vermitteln.

Gerade die beruflich ambitioniertesten Angehörigen des Lehrpersonals, wie etwa der später zu Berühmtheit gelangte Osteuropahistoriker Otto Hoetzsch, konnten unter diesen Bedingungen die Akademie nur als Zwischenstation betrachten, von der aus sie attraktivere Stellen in Berlin oder in Westdeutschland anstrebten. An zahlreichen Biogrammen der Akademiedozenten macht Sch. deutlich, dass ein national- und ostmarkenpolitischer Idealismus bei ihnen wenig verbreitet war und persönliche Laufbahnerwägungen über Bleiben oder Fortgehen entschieden. Die inneren Widersprüche der preußischen Ostmarkenpolitik trugen dazu bei, die Provinz Posen und ihren Hauptort aus der Sicht der deutschen Funktionsebenen auch weiterhin als wenig anziehendes Gebiet erscheinen zu lassen.

Sch.s Monographie ist vor allem eine im Hinblick auf ihre faktographische Fülle maßstabsetzende Institutionengeschichte der Königlichen Akademie in Posen. Darüber hinaus liefert sie mit ihrem mikrogeschichtlichen Ansatz aber auch wertvolle Aufschlüsse über die inneren Paradoxien der preußisch-deutschen „Hebungspolitik“ in den Ostprovinzen und die Gründe ihres Scheiterns.

Leipzig

Andreas R. Hofmann

Eugeniusz Kruszewski: Polska polityka w raportach duńskich dyplomatów (1919-1926). [Die polnische Politik in den Berichten dänischer Diplomaten 1919-1926.] Verlag Instytut Polsko-Skandynawski. Kopenhagen 2008. 268 S., 6 Abb., dän. Zus.fass.

Die vorliegende, übersichtlich gegliederte Darstellung besteht aus Vorwort und Einleitung, einer Skizzierung der diplomatischen Beziehungen Polens zu Dänemark in der Zwischenkriegszeit, der Zusammenfassung und Auswertung von 108 politischen Berichten der in den Jahren 1919-1926 in Warschau akkreditierten dänischen Gesandten an das Außenministerium in Kopenhagen, in dessen Fonds sie überliefert sind, einer Bewertung der Ursachen und Ergebnisse des „Mai-Umsturzes“ 1926, einer chronologischen Auflistung der wichtigsten Ereignisse des behandelten Zeitraums, einer Übersicht über die polnischen politischen Parteien der Zweiten Republik und einem Kalendarium ihrer Regierungen.

Die hier präsentierten, der Forschung bislang unbekanntenen Quellen schildern die vielschichtigen außen- und innenpolitischen Verhältnisse in den ersten sieben Jahren der jungen Polnischen Republik aus der Sicht des Königreichs Dänemark, das eher den Status eines neutralen Beobachters einnahm und daher dem Historiker eine neue Perspektive eröffnet. Der Vf., Professor der Geschichte und Politologie an der Polnischen Universität in London und Leiter des 1985 gegründeten Polnisch-Scandinavisches Instituts in Kopenhagen, führt aus, dass das dänische Außenministerium damals von der antipolnischen Propaganda Deutschlands und Russlands beeinflusst war und daher in Warschau vorsichtig agieren musste. Umso dringlicher war für Kopenhagen die Berufung ausgewiesener Polenkenner auf diesen wichtigen diplomatischen Posten. Das gilt umgekehrt auch für die polnische Seite, in deren Politik die Länder des Ostseeraums wichtige Faktoren waren.

Zwei Drittel der ausgewerteten Berichte betreffen die Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen um die Grenzen des wiedererstandenen Polen und deren langwierige Stabilisierung. Die übrigen Dokumente sind innerpolnischen Angelegenheiten wie Fragen der Verfassung und des politischen Lebens, dem Umgang mit Minderheiten, der Wirtschaft sowie gesellschaftlichen und konfessionellen Problemen gewidmet. Die Berichterstattung aus dem Jahr 1919 beginnt mit der Ankunft des dänischen Gesandten Birgler in Warschau, der Polen mit einem funktionierenden Parlament und einer Regierung auf Grundlage der am 20. Februar erlassenen „Kleinen Verfassung“ vorfand, wobei der von der Armee unterstützte Józef Piłsudski als „Staatschef“ über die entscheidende Macht verfügte. Angesichts der zunehmenden Spannungen mit der sich langsam konsolidierenden Sowjetunion betonte Polen die enge Verbindung seiner Interessen mit den westlichen Großmächten, vor allem Frankreich, fand aber bei Großbritannien nicht die erhoffte Resonanz. Kaum akzeptabel erschienen der polnischen Regierung die Vorschläge des Obersten Rates, Volksabstimmungen in Oberschlesien, Teilen West- und Ostpreußens durchzuführen, die Errichtung der Freien Stadt Danzig und die auf 25 Jahre befristete Überlassung eines weitgehend autonomen Ostgalizien. Als besonders bedrückend empfand man in Warschau, dass der Versailler Vertrag Polen erst durch die Annahme des gesamten Vertragswerks als „Alliierte und Assoziierte Macht“ anerkannte.

Besonderes Gewicht in der Berichterstattung des als „stürmisch“ eingeschätzten Jahres 1920 nahm der polnisch-sowjetische Krieg ein. Die Sympathie des dänischen Gesandten, der in der Aufhebung der Blockade Sowjetrusslands und der britischen Absicht, die Waffen- und Munitionszufuhr nach Polen zu unterbinden, einen völlig unverständlichen Akt sah, galt dabei eindeutig Polen. Wie bedrohlich die Lage damals war, ehe Polen durch das sog. „Wunder an der Weichsel“ Mitte August 1920 bei Warschau der entscheidende Sieg über die Rote Armee gelang, erhellt die Information des dänischen Gesandten, das gesamte in Warschau befindliche Personal der auswärtigen Vertretungen sei damals auf eine Evakuation vorbereitet gewesen.

Im folgenden Jahr, in welchem der Frieden von Riga mit der Sowjetunion abgeschlossen und die polnischen Grenzen weit nach Osten vorgeschoben wurden, kam in der Berichterstattung des dänischen Gesandten die Hoffnung zum Ausdruck, dass mit dem Abschluss eines Militärpakts mit Frankreich und dem Erlass der Konstitution vom 17. März eine Festigung der Zweiten Republik nach außen und innen zu erwarten sei. Hinzu kam, dass Polen mit der Erlangung des oberschlesischen Industriegebiets zumindest einen Teil seiner territorialen Forderungen durchsetzen konnte.

In der Folge übermittelte der dänische Gesandte jedoch eher alarmierende Signale. So blieben die Beziehungen zur litauischen Regierung in Kaunas während der gesamten Zwischenkriegszeit durch die 1922 offiziell vollzogene polnische Annexion des als „Mittel-litauen“ bezeichneten Wilnagebiets belastet. Auch die Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz (Dezember 1922), der das parlamentarische Leben lähmende Zwiespalt zwischen Rechten und Linken, welcher zum zeitweiligen Rückzug Piłsudskis aus seinen Ämtern führte, die negativen Folgen der Agrar- und Wirtschaftskrise wie Inflation, Teuerung und Streiks sowie die wachsende außenpolitische Isolierung des Landes, dessen Vertrauen auf den Bündnispartner Frankreich durch das Ausbleiben eines „Ost-Locarno-Vertrages“ zunehmend erschüttert wurde, schlugen sich in seinen Berichten nieder.

In weiteren Berichten werden die Ursachen, der Verlauf und die Konsequenzen des „Mai-Umsturzes“ für Polen und Europa aus dänischer Perspektive beleuchtet. Die Verzichtserklärung Piłsudskis auf Errichtung einer Diktatur habe die Lage im Land nicht wirklich beruhigt, weil man in Posen und überhaupt im westlichen Teil Polens, der von der Nationaldemokratie dominiert werde, diesen „fait accompli“ nicht akzeptiere und möglicherweise eine Sezession dieser Gebiete zu befürchten sei. Überdies wird in den Berichten bemängelt, dass der Marschall kaum Interesse an politischen und wirtschaftlichen Fragen zeige, was auch durch seine enorme Wirkung auf die Massen nicht ausgeglichen werden könne. So blieben für die dänische Gesandtschaft viele Zweifel an der inneren Stabilität des Landes bestehen, die sich in der Zukunft bewahrheiten sollten.

Berlin

Stefan Hartmann

Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945-1955. (Die Deutschen und das östliche Europa, Studien und Quellen, Bd. 2.) Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. u.a. 2008. 635 S., Abb., graph. Darst., Ktn. (€ 97,50.)

In den Debatten der letzten Jahre um die Repräsentation der deutschen Vertriebenen im kulturellen Gedächtnis der Bundesrepublik war von den ehemals so wortstarken Landsmannschaften bemerkenswert wenig zu vernehmen. Im Schatten der PR-Profis des Bundes der Vertriebenen unter Leitung von Erika Steinbach schienen sie kaum noch vorhanden. Dies spiegelt wohl ihren öffentlichen Bedeutungsverlust in den letzten Jahrzehnten wider. Einzig die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) scheint noch mitgliederstark und organisiert genug, um von sich reden zu machen, so durch ihre Forderung nach Rücknahme der sogenannten „Beneš-Dekrete“ und ihrer damit verbundenen Ablehnung des EU-Beitritts Tschechiens.

Die Entstehung und Frühgeschichte der sudetendeutschen Vertriebenenorganisationen hat nun Tobias Weger in seiner Oldenburger Dissertation umfassend aufgearbeitet. Das große Verdienst der Studie besteht dabei nicht nur in der detaillierten und gut informierten Darstellung der Entstehung von Strukturen und Machtpositionen, die durch kenntnisreiche Beleuchtung des weiteren Umfelds der SL, von den sudetendeutschen „Gesinnungsgenossenschaften“, Wissenschaftsorganisationen und Kulturvereinen bis hin zu Presse und Geschichtspolitik ergänzt wird. Mindestens ebenso wichtig ist der Beitrag, den dies zum Verständnis der heutigen Position der Landsmannschaft und ihres Umfelds darstellt.

Wie W. überzeugend und faktengesättigt nachweist, standen schon die frühesten sudetendeutschen Vereinigungen in den westlichen Besatzungszonen, wie die im Juli 1945 in München gegründete „Sudetendeutsche Hilfsstelle“, unter dem Primat der Fortsetzung sudetendeutscher Traditionen und Organisationen der Zwischenkriegszeit, deren Ausrichtung W. unter dem Attribut „völkisch“ subsumiert. Der Begriff selbst bleibt dabei jedoch, trotz einer versuchten inhaltlichen Abgrenzung (S. 24 f.), bedauerlich unscharf.